

Kapitalistische Drohungen.

In den sozialen Kämpfen unserer Tage — schreibt die „Metallarbeiter-Zeitung“ — haben sich die Unternehmer zur Wahrung ihrer Interessen der rücksichtslosesten Maßregeln gegen die Arbeiter bedient und damit bewiesen, daß sie vor keiner Gewaltthat, vor der ärgsten Brutalität nicht zurückschrecken. Das Bufenstehen in den Fabriken, die Zurückbehaltung einer Lohnkaution, die strafweise Entlassung „mißliebiger“ gewordener Arbeiter, welche zur Maßregelung nennen, die geheimen Achtungszeichen auf den Arbeitszeugnissen, die schwarzen Listen, das persönliche Niederschreiben freier Arbeiter, wie es in Böhmen, Belgien, Frankreich, Amerika geschehen oder das Zusammenziehen der Streikenden durch Polizei und Militär, wie es in allen kapitalistischen Ländern zu den Programmpunkten offiziell-kapitalistischer „Sozialreform“ gehört, und andere „arbeiterfreundliche“ Maßregeln mehr charakterisieren den Gegner, mit dem es die Arbeiter zu thun haben und zeigen, wie auf jener Seite die von ihr so vielgepöbelte soziale Versöhnung gemeint ist. Die angeführten Maßregeln zeigen, daß die Unternehmer viel, sehr viel thun können, um die ihnen unangenehmen, menschenwürdigen Arbeiter zu züchtigen und zur Unterwerfung zu bringen. Aber eins können sie nicht thun, die Arbeiter selbst sozulange abzuschaffen. Will die Kapitalistenklasse existieren, so hat sie als solche die Existenz der Arbeiterklasse zur Voraussetzung; ohne Arbeiter kein Kapitalist. Es kann also wohl der „begehrliche“ Arbeiter Paul gemagelt werden, aber man braucht als Ersatz für ihn den Arbeiter Peter. Wollte die Kapitalistenklasse den herrschenden Entschluß fassen, die Produktion allein fortzuführen, Kapitalist und Arbeiter in einer Person zu vereinigen, so würde es verdammt schlecht mit dem Geschäftsgewinn, mit den Zinsen und Dividenden ausfallen. Aber aus Empörung über die unzufriedenen Arbeiter die Fabriken ganz sperren? Ja, dann hört sich jedes Geschäft auf, die in den Fabrikanlagen, den Maschinen, Stoffen u. s. w. festgelegten Kapitalien sind tot, völlig verloren; der reiche Kapitalist von heute wäre der arme Teufel von morgen.

Und doch ist wiederholt die Betriebsperre als Kampfmittel gegen die Arbeiter angebroht worden. Fast bei jedem Lohnkampf, gebeige er bis zum Streik oder nicht, erobert die Drohung der Unternehmer, daß sie die Geschäfte sperren werden. Schreiber dieser Zeilen erlebte dies vor mehreren Jahren persönlich, als er für streikende Arbeiter mit dem Fabrikanten unterhandelte. „Wissen Sie“, waren nach kaum begonnenem Gespräch seine Worte, „wissen Sie, ich habe zu leben; ich werde die Fabrik sperren und mich nicht länger mit den Arbeitern ärgern.“ „Ich zweifle nicht daran“, erwiderte ich, „daß Sie zu leben haben, aber daß Sie Ihre Fabrik sperren, daran glauben Sie selbst nicht. Nebigens sind auch wir im Besitze von Mitteln, die uns gefallen, die Streikenden ein Vierteljahr lang genügend zu unterstützen und der aus so langem Betriebsstillstand erwachsene Schaden wird für Sie viel größer sein als für die streikenden Arbeiter.“ Er „spernte“ schließlich auch nicht, sondern bewilligte die Forderungen der Arbeiter. Die kapitalistischen Blätter, voran die „Alln. Ztg.“, erörtern bei jeder größeren Lohnbewegung den Kapitalistenstreik, und Bismarck empfahl ihn vor einigen Jahren direkt einigen in in Friedrichstraße besuchenden Kapitalisten. In den letzten Tagen ist der Kapitalistenstreik angebroht worden anlässlich des Kampfes der organisierten Arbeiter mit den Brauereibesitzern und Direktoren in Berlin. Nun wie haben kurz dargehen, daß der in Aussicht gestellte Kapitalistenstreik eine so lächerliche Drohung ist, daß sie auf keinen urteilsfähigen Menschen Einbruck macht und streng genommen, nur in Witzblättern vorkommen sollte.

Aber es giebt noch weitere und ähnliche Drohungen. So äußerte sich z. B. der bekannte Wormser Leder-Industrielle Freiherr v. Deyl auf der Versammlung des Vereins für Sozialpolitik im Jahre 1890: „Familien, die seit Generationen in der Großindustrie Deutschlands „arbeiten“, welche den Betrieb nicht allein fortsetzen, um Geld zu verdienen, sondern auch aus einem gewissen Pflichtgefühl heraus, unter die Herrschaft von Arbeiterorganisationen stellen zu wollen, die aus dem Auslande importirt sind, das ist unmöglich. Wenn die deutsche Gesetzgebung die Arbeiterorganisation in der Weise einführt, wie es Herr Brentano anstrebt, so wird die nächste Folge sein, daß

die Großindustrie ausschließlich nur noch von Aktiengesellschaften betrieben wird und zwar deshalb, weil die Rücksichtslosigkeit, die dann notwendig wird, von dem Privatmanne nicht ausgeht werden kann.“

Sehr zutreffend bemerkt dazu Professor Dertmer: „Ohne weiter auf die recht sonderbaren Vorstellungen, die der genannte Großindustrielle sich von Berufsverbänden der Arbeiter gebildet hat, einzugehen, mag nur bemerkt werden, daß nach allen bisher gemachten Erfahrungen die Verwandlung von Großbetrieben in Aktiengesellschaften durchaus keine sozialpolitisch ungünstigen Folgen gesezt hat. Die Behauptung, daß die Aktiengesellschaften als Arbeitgeber weniger Rücksichten gegen die Arbeiter gelten ließen als die privaten Einzelunternehmer, ist zwar oft aufgestellt, unseres Wissens aber noch nicht bewiesen worden. Es liegt ja auch nahe, daß bei der Verwandlung eines Großbetriebes in eine Aktiengesellschaft die Beziehungen des Arbeitgebers zu den Arbeitern sich nicht allzu sehr ändern können, denn in einem Großbetriebe mit mehreren hundert Arbeitern ist ein nahezu persönliches Verhältnis zwischen Arbeiter und Arbeitgeber ohnehin durch die Natur der Sache ausgeschlossen.“

Wenn es auch zu bedauern ist, daß gerade Arbeitgeber, die ihr Geschäft nicht nur des Geldes wegen, sondern „aus einem gewissen Pflichtgefühl heraus“ betreiben, dieses Pflichtgefühl nicht in der Weise zum Ausdruck bringen, daß sie in erster Linie den sozialpolitischen Fortschritten die Wege ebnen, sondern sofort mit ihrem Rücktritt vom Geschäft drohen, so würde unseres Erachtens ihr Weilen um den Preis des sozialen Stillstandes zu teuer erkaufte sein.“

Dem Arbeiter kann und muß es in der That gleich sein, ob er sich anwenden lassen muß von den Einzelunternehmern Stumm, Krupp, Hehl oder von der Aktiengesellschaft, deren Direktor der Herr Baare in Vohum ist oder von einer beliebigen anderen Gesellschaft. Ausbeutung, Unterdrückung, Verfolgung, Maßregelungen u. s. w. sind immer das gleiche, ob sie vom Fabrikanten oder vom Direktor ausgehen. Durch Drohungen, wie diejenige Hehl's ist, werden sich die Arbeiter nicht abhalten lassen, sich zu organisieren und nach der uneingeschränkten Freiheit der Koalition zu streben, bis das Ziel erreicht ist.

Eine weitere Drohung der Kapitalisten, welche sich aber nicht bloß gegen die Arbeiterbegehrlichkeit, sondern auch gegen die richtige direkte Besteuerung richtet, ist diejenige der Auswanderung. Das Kapital wandert aus — wie absurd! Denn das heißt, die Fabriken samt ihren Einrichtungen, das immobile, unbewegliche Kapital an Grund und Boden, Häusern, aber auch das Vieh — alles das wandert aus. Geknert wirft die Frage auf, was Auswanderung des Kapitals heißt und er antwortet darauf mit folgenden Sätzen: „Offenbar können unter diesem, wenn auch nicht mit Recht, so beliebten Schlagworte sehr verschiedene Dinge verstanden werden.“

„Der Kapitalist kann sein in einem heimischen Unternehmen stehendes Kapital herausziehen und im Auslande anlegen. Von einem wirklichen Herausziehen kann hier aber gar nicht die Rede sein. Man kann ein Unternehmen verkaufen und den Kaufpreis in fremden Werthen anlegen. Dabei ist aber nur eine privatwirtschaftliche Verschiebung eingetreten; volkswirtschaftlich bleibt es im Allgemeinen ja gleichgültig, ob das betreffende Unternehmen dem A oder dem B gehört, ob es von A oder B geleitet wird. Das einmal in Fabriken, in Maschinen, in Transporteinrichtungen u. s. w. fixierte Kapital kann somit volkswirtschaftlich gar nicht auswandern.“

„Nun ist die Möglichkeit geboten, daß die Kapitalisten die jährlich verfügbaren Ueberschüsse der heimischen Produktion nicht zur Erweiterung der heimischen Anlagen im Inlande verwenden, sondern ausländische Werthe kaufen. Abgesehen davon, daß eine derartige Operation, in großem Maßstabe ausgeführt, den Werth auswärtiger Effekten so steigern würde, daß die höhere Rentabilität derselben in Frage käme, so hätte doch der Staat auch einige Mittel in der Hand, um einem Massenabflusse heimischer Kapitalien entgegenzutreten.“

Als solche Maßregel wird u. A. die Beschränkung in der Anlagefreiheit des Kapitals bezeichnet; diese Maßregel kann aber unwirksam gemacht werden, indem der Kapitalist sammt seinem Kapital auswandert. Mit diesem Kapitalistenstreik resp. dieser Kapitalflucht hat sich

bereits der Engländer Ricardo beschäftigt und er fand die Ausführung sehr unwahrscheinlich. In der That dürften beispielsweise in Oesterreich, Frankreich, der Schweiz u. wenige deutsche Kapitalisten zu finden sein, die sich als „Streifende“ aus ihrem Heimatland geflüchtet haben und sich nun im Auslande aufhalten. Häufiger haben wir dagegen heute schon das spekulative Kapital in ausländischen Staatspapieren angelegt, das bereits in den sechziger Jahren auf 10 Milliarden Mark geschätzt wurde und heute wohl eine viel größere Summe ausmachen dürfte. Dieses Kapital ist aber weder in Folge der Arbeiterbewegung noch gar der „Sozialreform“ — welche es ja in den sechziger Jahren noch gar nicht gab — aus Deutschland ausgewandert, sondern darum, weil es gegen höhere Zinsen angelegt werden konnte.

Die besitzenden Klassen und ihre Vertreter befaßen sich aber nicht bloß mit der Schmälerung des Kapitalgewinns durch die Arbeiterbewegung und die Sozialreform, sondern auch mit dem Ziele des Sozialismus, der Abschaffung des Privatkapitals. Bereits in den sechziger Jahren schrieb der berühmte Leibniziar der deutschen Bourgeoisie, der „Volkswohlfahrter“ Jaucher: „Die Abschaffung des Kapitaleigentums, Kraft dessen das Kapital entstanden ist und allein fortbestehen kann, wäre gleichbedeutend mit Abschaffung des Kapitals, gleichbedeutend mit Abschaffung der Arbeitermacht selbst. Wenn den Sozialdemokraten diese Wahrheit nicht klar ist, der erste Versuch wird sie ihnen klar machen.“

Die logische Schwäche dieses Seelenergusses liegt natürlich in der unbewiesenen Behauptung, sagt Friedrich Albert Lange, daß das „Kapital“, d. h. bebauter Boden, Eisenbahnen, Kanäle, Fabriken, Maschinen u. s. w., nicht fortbestehen könne, ohne das „Kapitaleigentum“, d. h. ohne das erbliche Verfügungsrecht der Gründer des „Geschäftes“, auf welches hier die Gesellschaft reduziert wird. Und er fährt fort: „Die bloße Behauptung, daß sie mit der Abschaffung des Kapitals und der Kapitalisten auch sich selbst abschaffen würden, kann die Arbeitermächte nicht in Schranken halten; denn zunächst einmal werden sie an diesen Zusammenhang nicht glauben, am allerwenigsten, wenn er ihnen von demjenigen gepredigt wird, welche „sich der Arbeit ihres großen Wertes reichlich erfreuen“. Aber auch auf die Gefahr hin, sich selbst mit abzuschaffen, könnten sie versucht sein, dem „Geschäft“ in seiner bisherigen Form ein jähes Ende zu bereiten; zumal, da jeder Einzelne hoffen kann, unter den Ueberlebenden zu sein, denn, daß die Menschheit gar aussterben möchte, wenn sie der Kapitalisten entbehrte, wird man nicht einmal den Kindern einreden können.“

So schrumpfen die fürchterlichsten Drohungen der Kapitalisten zu leeren Schlagworten zusammen, welche bei den klaffenbewußten Arbeitern nur Dummheit erregen können, die indifferenten Arbeiter aber zum Nachdenken veranlassen müssen.

Arbeitskraft.

In Heft 7 des im Wörlin'schen Verlage zu Nürnberg erscheinenden, von Emanuel Wurm herausgegebenen Volkskatechismus ist unter dem Stichworte „Arbeit“ der Begriff Arbeitskraft und deren Beziehung zum Kapital in nationalökonomischen Sinne unter Vermeidung der Ausführungen, die Marx im „Kapital“ über die Arbeit und den Arbeitsprozeß gegeben hat — die in Gänzförmigen bezeichneten Stellen sind wörtliche, dem „Kapital“ entnommene Zitate — in folgender Weise erläutert:

„Unter Arbeitskraft oder Arbeitsvermögen verstehen wir den Inbegriff der physischen und geistigen Fähigkeiten, die in der Leichtigkeit, der lebendigen Persönlichkeit eines Menschen existieren und die er in Bewegung setzt, so oft er Gebrauchswerte irgend einer Art produziert.“ Damit ist die Arbeitskraft als Waare auf dem Markt erscheinen kann, muß sie, wie jede andere Waare, zwei Bedingungen erfüllen: 1. sie muß für ihren Besitzer keinen Gebrauchswert haben, d. h. er muß sie nicht verwenden können; 2. ihr Besitzer muß über sie frei verfügen können. Die Arbeitskraft hat für ihren Besitzer, den Arbeiter, keinen Gebrauchswert, wenn er sie nicht zur Erzeugung anderer Gebrauchswerte bedüngen kann und dies kann er nicht, wenn er nicht die dazu erforderlichen Produktionsmittel, also Werkzeuge wie Rohprodukte besitzt, oder auch die zu seinem Unterhalte während der Zeit des Produzierens erforderlichen Lebensmittel. Ferner muß der Besitzer der Waare Arbeitskraft, der Arbeiter, über diese seine Waare frei verfügen können, d. h. also ein freier Arbeiter sein, der seine Arbeitskraft nur für eine bestimmte Zeit verkauft. „Denn verkauft er sie in Baar und Wogen, ein für allemal, so verkauft er sich

selbst, verwendet sich aus einem Freien in einen Sklaven, aus einem Waarenbesitzer in eine Waare. Er als Person muß sich befähigen zu seiner Arbeitskraft als seinem Eigentum und daher seiner eigenen Waare verhalten und das kann er nur, so weit er sie dem Käufer teils nur vorübergehend, für einen bestimmten Zeittermin, zur Verfügung stellt, zum Verbrauch überläßt, also durch ihre Veräußerung nicht auf sein Eigentum an ihr verzichtet.“

„Diese Vorbedingungen sind weder von der Natur gegeben, noch sind sie allen Gesellschaftsformen eigen. Es ist offenbar selbst das Resultat einer vorhergegangenen historischen Entwicklung, das Produkt vieler ökonomischer Umwälzungen, des Untergangs einer ganzen Reihe älterer Formationen der gesellschaftlichen Produktion. — Das Kapital entsteht nur, wo der Besitzer von Produktions- und Lebensmitteln den freien Arbeiter als Verkäufer seiner Arbeitskraft auf dem Markte vorfindet, und diese eine historische Bedingung umschließt eine Weltgeschichte.“

Die Waare Arbeitskraft, die ihr von den Produktionsmitteln losgerissen, der Arbeiter, verkaufen muß, ist es also, welche den Mehrwert und damit das Kapital schafft. Der Werth der Waare Arbeitskraft ist, gleich den jeder anderen Waare, bestimmt durch die zur Erzeugung derselben notwendige Arbeitszeit; erzeugt wird die Arbeitskraft durch die Lebensfähigkeit ihres Besitzers und diese wird erhalten durch Zufuhr einer gewissen Summe von Lebensmitteln. „Die Summe der Produktionsmittel muß also hinreichen, das arbeitende Individuum als arbeitendes Individuum in seinem normalen Lebenszustande zu erhalten. Die natürlichen Bedürfnisse selbst, wie Nahrung, Kleidung, Heizung, Wohnung u. s. w. sind verschieden je nach den klimatischen und anderen natürlichen Eigentümlichkeiten des Landes. Andererseits ist der Umfang sogenannter notwendiger Bedürfnisse, wie die Art ihrer Befriedigung, selbst ein historisches Produkt und hängt daher größtentheils von der Kulturstufe eines Landes, unter anderem auch wesentlich davon ab, unter welchen Bedingungen, und daher mit welchen Gewohnheiten und Lebensansprüchen die Klasse der freien Arbeiter sich befindet hat. Im Gegensatz zu den anderen Waaren enthält also die Werthbestimmung der Arbeitskraft ein historisches und moralisches Element.“ Es löst sich also der Werth der Arbeitskraft auf in den Werth einer bestimmten Summe von Lebensmitteln, und zwar einschließlich derjenigen für die Erlangung der alternierenden und sterbenden Arbeiter, d. h. für die Kinder derselben. Dieser Werth ist je nach Land und Zeit verschieden, aber von einer bestimmten Größe. „Die letzte Grenze oder Minimalgrenze des Werthes der Arbeitskraft wird gebildet durch den Werth einer Waarenmasse, ohne deren tägliche Zufuhr der Träger der Arbeitskraft, der Mensch, seinen Lebensprozeß nicht erneuern kann, also durch den Werth der physisch unentbehrlichen Lebensmittel. Sinkt der Preis der Arbeitskraft auf dieses Minimum, so sinkt er unter ihren Werth, denn sie kann sich so nur in verformierter Form erhalten und entwickeln.“

Der Arbeiter ist gezwungen, seine Waare Arbeitskraft an den Besitzer von Lebens- und Produktionsmitteln zu verkaufen; gelingt ihm dieser Verkauf nicht, so müßte das Arbeitsvermögen dem Arbeiter nicht, er empfindet es vielmehr „als eine grausame Naturnothwendigkeit“, daß sein Arbeitsvermögen eine bestimmte Menge Lebensmittel zu seiner Erhaltung erfordert. Dabei muß er noch den Kapitalisten, dem er seine Arbeitskraft verkauft, den Gebrauchswert derselben vorführen, denn er erhält die Arbeitskraft erst bezahlt, nachdem sie eine zeitlang — Stunde, Tag oder Woche — in Tüchtigkeit war. Würde nun der Arbeitsprozeß, die Beschäftigung der Arbeitskraft, nur so lange dauern, als erforderlich ist, um den für den Arbeiter notwendigen Werth der Lebensmittel zu erzeugen, so hätte der Besitzer der Produktionsmittel keinen Vorteil, wenn auch seinen Schaden, da die Abnutzung resp. der Verbrauch an Produktionsmitteln im Arbeitsprozeß wiedererzugen würde. Aber der Kapitalist will ja eben, daß seine Arbeitskraft, das Kapital, Mehrwert erzeugen und dies erreicht er dadurch, daß er den Arbeitsprozeß über den Punkt hinaus fortbauern läßt, wo bloß ein gleicher Werth für den Werth der Arbeitskraft erzeugt wird.

Der Arbeitstag des Arbeiters besteht demnach aus zwei Theilen: an einem Theile desselben arbeitet der Arbeiter für sich, d. h. für die Erzeugung der zu seiner Existenz erforderlichen Lebensmittel; am andern Theile arbeitet er für den Kapitalisten, indem er diejenige den Mehrwert schafft. „Die Summe der notwendigen Arbeit und der Mehrarbeit, der Zeitschnitt, worin der Arbeiter den Ertragwerth seiner Arbeitskraft und den Mehrwert produziert, bildet die absolute Größe seiner Arbeitszeit — den Arbeitstag.“ Der Kapitalist wird also das Bestreben haben, den Arbeitstag des Arbeiters so lang als möglich auszudehnen, da dadurch der vom Arbeiter erzeugte Mehrwert um so größer wird. Der Arbeiter hingegen wird und muß nachhelfen, den Arbeitstag zu verkürzen, um seine Arbeitskraft zu schonen. Inschaulich und dramatisch schildert Marx diesen Widerspruch zwischen Kapitalist und Arbeiter. „Der

Kapitalist beruft sich auf das Gesetz des Waaren-
austausches. Er, wie jeder andere Käufer, sucht den
größtmöglichen Nutzen aus dem Gebrauchswerte
seiner Waare herauszuschlagen. Möglich aber erhebt
sich die Stimme des Arbeiters, die im Sturm und
Drange des Produktionsprozesses verstummt war:
... Dir gehört der Gebrauch meiner täglichen
Arbeitskraft. Aber vermittelst ihres täglichen Ver-
kaufpreises muß ich sie täglich reproduzieren und
dabei von neuem verkaufen können. Durch-
gesehen von dem natürlichen Verschleiß durch
Alter u. s. w. muß ich fähig sein, morgen mit dem-
selben Normalzustande von Kraft, Gesundheit und
Frische zu arbeiten, wie heute. Du prädestinierst
mich beständig das Evangelium der Sparfamkeit und
„Enthalbung“. Nun zur! Ich will wie ein ver-
nünftiger, parlamentarischer Mann mein einziges Ver-
mögen, die Arbeitskraft, haushalten und mich jeder
Verworsung derselben enthalten. Ich will täglich
nur so viel von ihr flüssig machen, in Bewegung,
in Arbeit umsetzen, als sich mit ihrer Normalver-
wendung und gesunden Entwicklung verträgt. Durch
maßlose Veränderung des Arbeitstages kannst Du in
einem Tag ein größeres Quantum meiner Arbeitskraft
flüssig machen, als ich in drei Tagen ersetzen kann.
Was Du so an Arbeit gewinnst, verliere ich an
Arbeitsubstanz. Die Benutzung meiner Arbeitskraft
und die Vergütung derselben sind ganz verschiedene
Dinge. — Du zahlst mir ein tägliche Arbeitskraft,
wo Du dreitägige verbrauchst. Das ist wider unsern
Vertrag und das Gesetz des Waaren-austausches. Ich
verlange also einen Arbeitstag von normaler Länge
und ich verlange ihn ohne Appell an Dein Herz,
denn in Selbstsachen hört die Gemüthlichkeit auf.
— Ich verlange den Normalarbeitstag, weil ich
den Wert meiner Waare verlange, wie jeder andere
Verkäufer. Kapitalist und Arbeiter behaupten jeber
sein Recht, der eine als Käufer, der andere als Ver-
käufer der Waare Arbeitskraft. Zwischen gleichen
Rechten entscheidet die Gewalt. Und so stellt sich
in der Geschichte der kapitalistischen Produktion die
Normierung des Arbeitstages als Kampf um die
Schranken des Arbeitstages dar — ein Kampf zwischen
dem Gesamt-kapitalisten, d. h. der Klasse der Kapi-
talisten und dem Gesamt-arbeiter oder der Arbeiter-
Klasse.“

**Ueber die Verhandlungen des Schweizerischen
Verbandstages der Buchbinder.**

Der in Nummer 24 der „Buchbinder-Zeitung“
enthaltenen Artikel mit obiger Ueberschrift von Hans
Witz in Brugg veranlaßt mich, auch ein Wort an
dieser Stelle zu sprechen, jedoch absolut nicht in der
Absicht, Jemand zu beleidigen oder etwa unsere —
Arbeit (der Delegierten am Verbandstag) preisen zu
wollen.

Kollege Witz ist nicht der einzige, der das Pro-
tokoll von unserm Verbandstag mit eigenhändigen
Einschüben versehen hat; ein Delegierter hat an mich
gleich nach der Veröffentlichung des Protokolls ge-
schrieben: „Der unbefangene Beobachter hätte besser
gerathen, den Verhandlungen beizuwohnen und über
dieses mehr zu berichten, statt die Vereinsberichte ab-
zuschreiben.“

Die gleiche Ansicht hörte ich auch von den Brüder
Delegierten, als ich jüngst mit diesen zusammentraf
und diesbezüglich Rücksprache nahm. Kurz, wie es
scheint, besteht eine Meinung: das Protokoll war
ungenügend abgefaßt. Sogar Beschlüsse vermißt ich
im Protokoll, es werden mir daher die Sekretäre
nichts für übel nehmen, wenn ich eine kürzere Re-
kapitulation mache.

**Die Entstehung der Buchbinderi und ihre
Entwicklung bis auf die Gegenwart.**

Nach authentischen Quellen bearbeitet
von
G. Grimm, Hamburg.

(Schluß.)
Zum Schlusse wollen wir nun auch dem ver-
wandten Berufszweig, der Portefeuillefabri-
kation, ein wenig Aufmerksamkeit schenken, da
dieselbe in dem letzten Viertel unseres Jahrhunderts
ebenfalls großartige Fortschritte zu verzeichnen hat.
Der ursprüngliche Sitz dieser Fabrikation war offen-
bar Frankreich; dieselbe scheint erst durch die Emi-
granten der französischen Revolution von 1793 nach
Deutschland getragen worden zu sein. Die fran-
zösischen Emigranten haben sich damals bekanntlich
mit Vorliebe nach Frankfurt und Umgebung und
die nahe Pfalz geschloffen. Auf diese Weise wurde
ebenfalls das nahe gelegene Offenbach der Haupt-
sitz für die Portefeuille-Industrie. — Aus der Buch-
binderi entwickelten sich in früheren Zeiten eine Reihe
von Nebenberufen, wie die Anfertigung von Etuis,
Füllröhren und sonstigen Papp- und Lederwaren,
so entstanden aus diesen Nebenberufen selbständige
Fabrikationszweige, deren Erzeugnisse einige Städte
weltbekannt machten. Am frühesten von allen diesen
Nebenberufen blühten die Portefeuillefabriken, deren
Erzeugnisse durch charakteristische Kombinationen ver-
schiedenster Stoffe immer wieder neue Gestalten erzielten
und allen denkbaren Bedürfnissen angepasst wurden.
Das höchste in dieser Beziehung leistete Wien
mit jenen auf das eleganteste ausgearbeiteten Rippen-
den sogenannten „Wiener Arteten“, durch die es
seinen Weltakt begründete. Die Herstellung dieser
Gegenstände gebührt eigentlich verschiedenen Häusern
an; die Kunstschneiderei und Schlosserei, der Ornatur,
Cremeleur, Maler, Lackier, kurz alle dem Kunst-
gewerbe angehörigen Künste werden in Tätigkeit ge-
setzt, um diese eleganten Rippen hervorzuheben, die
eine mannigfachen verschiedensten Ornaturen, Aufsätze,
Kapseln und Accorations auszuführen, mit denen
Wien die Welt überhäufte und deren Paris seinen
Auf glänzend bejahte.
Die Zeichnungen die unumgängliche Grundlage der

Ueber die Berichte läßt sich nichts weiter sagen,
die sind ja auch schriftlich eingereicht und verlesen
worden. Bern, St. Gallen und Basel hat
nur mündliche Berichte eingebracht. Längere Zeit
nahm der Berner Bericht in Anspruch, weil dieser
gleichzeitig eine Antwort auf den Zeitungsartikel war,
mit welchem diese Sektion von einem Mitglied scharf
angegriffen worden ist; über diesen Sachverhalt ist
ja die „Buchbinder-Zeitung“ genügend in Anspruch
genommen worden und brauche ich weiter nichts dar-
über zu sagen. Bis die Berichte verlesen resp. be-
kannt gemacht waren, war allerdings die Zeit schon
weit vorgeeilt, es hatte aber Delegierter Groche noch
eine halbstündige Rede gehalten, von der der Pro-
tocolführer nicht ein Wort erwähnte. In dieser
Rede hat Groche so viel Gründe angegeben, warum
wir nicht weiter in den letzten zwei Jahren gekommen
seien, daß jedenfalls der Herr Sekretär vor lauter
Bäumen den Wald nicht mehr sah, sonst hätte doch
etwas müssen ins Protokoll aufgenommen werden.
Hätte Herr Hans Witz diese Ausführungen im Pro-
tokoll auch gefunden, so hätte er gewiß solche Gesühle
über die Tätigkeit der Delegierten nicht bekommen.

Am zweiten Tag waren die Delegierten wieder
pünktlich auf dem Platz. Die Wahl des Vorortes
nahm mehr Zeit in Anspruch als nötig war. Die
Stellungnahme zum Kongress des Gewerkschaftsbundes
nahm auch längere Zeit in Anspruch, indem nach
dem Referat von Kollege Blumer über die Stimmung
für ein ständiges Sekretariat vorhanden war. Erst
als Blumer durch einen gedruckten Entwurf von der
bedeutenden Mehrbelastung überführt wurde, rief er
den Delegierten, mit Bedacht vorzugehen; die Dis-
kussion ist im Protokoll ganz vorgefallen.

Was nun die Anträge betrifft, so wurde ein
Beschluss gefaßt und zwar, daß Winterthur, weil
deren Antrag besser angeproben, einen genaueren
Entwurf über die Umgestaltung machen müsse, der
zur Urabstimmung kommt. Jede Sektion unseres
Verbandes sei verpflichtet, von letzten zwei Jahren
Wanderunterstützungsberichte der Sektion Winterthur
einzureichen.

Auch diese Angelegenheit vermißt ich ganz im
Protokoll. Was unter zweitem Antrag betreffs der
„Buchbinder-Zeitung“ anbelangt, so verweise ich auf
ein Wort der St. Galler Delegierten: Wenn die
„Buchbinder-Zeitung“ obligatorisch erklärt wird, so
tritt St. Gallen aus dem Verband.“

Die weiteren Anträge Basels befinden sich im
Protokoll; aber vermissen the ich den Beschluß, daß
neben dem Hauptarbeitsnachweis in Zürich jede Sektion
an ihrem Ort einen Vorkalarbeitsnachweis haben
sollen. Ueber die weiteren Punkte wäre nichts nach-
zuholen, als daß die Debatte über die Agitations-
reise, die uns durch Herrn Dietrich zugesichert war,
ganz vorgefallen ist im Protokoll. Beschlossen wurde,
daß es unbedingt nötig sei, daß in dieser Hinsicht
verhandelt werden müsse, und daß Herr Dietrich
verpflichtet werden soll, diesen Punkt mit die Agita-
tionsreise zu machen. Kollege Groche erklärte sich
bereit, die Unkosten, die dadurch entstehen, beim
Bundeskongress zu sichern.

Es liege sich schließlich noch mehr bemängeln, ich
will es aber dabei beenden lassen und gebe allen
Schweizer Verbandskollegen nur die Versicherung,
daß ein jeder Delegierte seine Pflicht nach Kräften
that und gearbeitet hat, ohne Tadel verdient zu haben.
Winterthur, im Juni 1894. J. Kägi.

Korrespondenzen.

Nürnberg. Am Montag den 4. Juni hielten
wir eine öffentliche Versammlung aller in Buch-

Malerei, so bei der Portefeuillefabrikation die Buch-
binderi; denn in der Buchbinderwerkstatt stand die
Wege der gesammten, später so großartig entfalteten
Lebers- und Galanteriewaaren-Industrie, welche in
Deutschland und zwar in Offenbach durch J.
G. Klein sen. und Jakob Wöndch selbständig
betrieben wurde.

Wie man in der verflochtenen gewerkschaftlichen Zeit
jedem Verbanen, etwas Neues einzuführen, die größten
Schwierigkeiten bereite, kann auch hier ein Beispiel
geliefert werden: Nachdem Joh. Georg Klein die
Buchbinderi und Leberarbeit in Offenbach erlernt,
wanderte er zu seiner weiteren Ausbildung nach
Wien, wofür er sich bei dem f. l. privilegierten
Briestafeln- und Galanteriewaarenfabrikanten im-
matriculiren (einschreiben) ließ. (Dieses war in der
damaligen Possejt notwendig, wenn man sich bei
einem anderen Meister noch weiter ausbilden lassen
wollte.) Später arbeitete er noch mit seinem Lande-
mann Jakob Wöndch in einem Wiener Atelier zu-
sammen. Ja sie wohnen und schliefen sogar in
einem Bette zusammen. Von Wien kehrte Klein
bald nach Offenbach zurück, um sich zu etablieren,
denn sich jedoch leitens der Hembergischen Regierung
die größten Schwierigkeiten entgegenstellten. Auf
Klein's wiederholte Eingaben um eine Gewerbe-
konzession ließ Fürst Karl von Hemberg denselben
nach Wien kommen, wo, sowie in Salzburg, er
dann zwei Monate lang am kaiserlichen Hoflager — um
seine Kenntniß des Gewerbes praktisch zu erweisen —
kleinern, Leben und sich mit der Anfertigung von
allerhand Lederwaren, Portefeuilles und Etuis be-
schäftigen mußte. Es war dies zu Ende des Jahres
1812 und als Wechsungen herant, arrangirte
der Fürst ein glänzendes Weibnachtsbescherung,
vertheilte überall auf die Tafel die Klein'schen Papp-
und Lederarbeiten, um bei dieser Gelegenheit alle,
und insbesondere die gewählten Regierungsoffizianten
in Miniaturausgabe, Gehörtsamt v. Gollner und
Kabinetssekretär Kömer, von seiner Geschäftstätig-
keit zu überzeugen, welche ihn dann auch nicht
mehr in den Fuß hielten. Fürst Karl's glänzend
schick bescheid, das hochfürstliche Privileg zum Be-
schäftigen und die Ermennung zum Hofkammer-
und Portefeuillefabrikanten in der Tafel, ließ ihn
obendrein in „Durchläuchtings“ gelbem Staatswagen

bindereien und verwandten Geschäftszweigen beschäf-
tigten Personen ab mit der Tagesordnung: „Die
Lage im Buchbindergewerbe und die Nothwendigkeit
einer Statistik.“ Die Versammlung war für die
bisherigen Verhältnisse ziemlich gut besucht, auch von
einer Anzahl Frauen. Bemerkenswerth ist dabei,
daß dies seit ca. einem halben Jahre die erste Ver-
sammlung war, welcher die Frauen und Minder-
jährige beizuwohnen durften, da durch die moderne
Höflichkeit des bayerischen Vereinsgesetzes seitens
des hiesigen freisinnigen Magistrats seither die Frauen
und Minderjährigen in öffentlichen Versammlungen
nicht zulässig waren.

Zum ersten Punkt der Tagesordnung schilderte
der Vorsitzende die Lage der Buchbinder, die sich
immer mehr verschlechtert habe; die Löhne seien immer
tiefer gesunken und dadurch die gesammte Lebenslage
der Arbeiter dieses Berufes tief gedrückt. Nebner
führte den Beweis, daß thatsächlich in diesem Ge-
werbe die Schwindsucht als Berufskrankheit zu be-
trachten ist, da nach den Berichten der Krankenkasse
von 71 Verstorbenen 39 an Schwindsucht litten. Um
unsere Lage verbessern zu können, ist es notwendig,
daß die Kollegen zusammentreten, es müssen deshalb
Schritte getan werden, um die fernstehenden Kol-
legen zum Beitritt zur Organisation zu bewegen.

Zum zweiten Punkt: „Die Nothwendigkeit einer
Statistik“, referirte Genosse Häsel. Nebner führte
den Bericht der Statistik vor Augen, wie die Ver-
hältnisse, welche unter den Arbeitern herrschen, durch
die Statistik aufgedeckt, wie ferner durch die Ver-
öffentlichung derselben die Arbeiter gewonnen werden,
über ihre Lage nachzudenken und wobei sie hierdurch
zur Ueberzeugung kämen, daß nur durch ein Zu-
sammenschließen der Arbeiter in ihren Organisationen
eine Besserung der Verhältnisse erzielt werden kann.

Der Staat, welcher über alle möglichen Fragen
Statistiken erhebt, wäre verpflichtet, über die Lage
der Arbeiter ebenfalls solche anzustellen. Aber man
weiß genau, daß sich dadurch Zustände herausstellen,
welche die Statistik zur gefährlichen Waffe in der
Hand der Arbeiter machen würde. Da nun seitens
des Staats keine beratige Statistik aufgenommen
wird, so sind die Arbeiter um so mehr verpflichtet,
eine solche aufzunehmen und die Resultate zu ihrem
Vortheil zu benützen. Daß durch Aufnahme von
Statistiken eine Besserung der Arbeitsverhältnisse mit
Hilfe der Organisationen möglich ist, beweist Nebner
durch Beispiele bei den Schlossern und Drechslern.
Nebner forderte noch auf, bei der Ausfüllung der
statistischen Vogen wahrheitsgemäß vorzugehen, damit
ein möglichst klares Bild über die Lage in unserm
Gewerbe erzielt werden kann.

An der Diskussion beteiligten sich mehrere
Nebner, welche alle für Aufnahme einer Statistik
und Beitritt zu den Gewerkschaften eintraten. Hierauf
nahm die Versammlung folgende Resolution an:

„Die heutige Versammlung erklärt sich mit
den Ausführungen des Referenten einverstanden
und verpflichtet sich die Anwesenden, mit aller
Kraft für die Aufnahme einer Statistik sowohl,
als für Ausbreitung der Gewerkschaften einzu-
treten.“
Es wurde sodann eine Kommission zur Auf-
nahme der Statistik gewählt und beschlossen, das
Ergebnis derselben in einer demnächst stattfindenden
Versammlung bekannt zu geben.

Mar Hoffmann.

Fürth. Am Sonntag, den 27. Mai, hielten
die Mitglieder des Fürth, Erlangen und Nürnberg
eine kombinierte Mitgliederversammlung ab mit der
Tagesordnung: 1. Welches ist die beste Form der
Agitation? 2. Verschiedenes. Das Bureau wurde

vierspännig nach Offenbach fahren, wo er sofort zur
Gründung seiner Fabrik unter der Firma J. G. Klein
sen. Schritt und zu einem Vahnbrecher der dortigen
Portefeuillemanufaktur wurde. Ihren höchsten Auf-
schwung jedoch nahm diese in dem von Jakob Wöndch
gegründeten Hause, welches ihr zuerst den Weltmarkt
eroberte.

Die frühesten Erzeugnisse der Offenbacher Leder-
waarenfabrikation waren nur einfache Notizbücher
und jene ungeheuren Briestafeln von rothem Saffian,
die man heute höchstens noch bei Feldwebeln und
Bischöfen antrifft. Dann kamen nach und nach
hinzu: Arbeiterbüchlein für Damen, Tabaks-, Zi-
garr- und Spielkartenfächer von weiß, blau
oder orangefarben lackirtem Holz mit angelegten
Bergierungen aus polirtem Stahl, Zigarrenetuis,
Stammbücher mit Albums zum Einschreiben von
Poemien in gepreßter Lederdecke und in Decken von
farbigem Sammt, Schreibmappen u. a. m. — der
gewaltige Artikel der Portemonnaies und Geld-
taschen. Die Briestafeln und Notizbücher wurden
kleiner, zierlicher und in demselben Verhältnis e-
leganter; die Damennecessaires und Damenschalen
kamen allmählig hinzu, es folgten ihnen die Kiste-
taschen und die mit den raffinierten Purus aus-
gestatteten, mit allen erdenklichen Utensilien und
Requisiten garnirten Reifencassire. Abgehen von
einigen wenigen Firmen, welche das Kunstgewerbe
durch musterhaft ausgeführte Arbeiten vertreten, liegt
der Schwerpunkt der heutigen Offenbacher Leder-
waaren-Industrie in der Massenfabrikation von billi-
geren Gegenständen.

Außerdem haben sich aber auch die Städte Berlin,
Stuttgart, Dresden, Nürnberg's Fürth
auf die Fabrikation dieser Artikel mit nicht zu
unterschätzendem Erfolg geworfen. — Immerhin
wird auch heute noch in Wien und Paris, besonders
in den feineren Portefeuilleman, das Größte geleistet.

Hierzu mir nun zum Schluß eine engere Pa-
rallele zwischen der vor Tausenden von Jahren ent-
standenen Buchbinderi und der heute in unserm
Gewerbe dominirenden Großproduktion, so müssen
wir konstatiren, daß die Buchbinderi und deren
herworbene Nebenberufen, sowohl in maschineller wie
in technischer Hinsicht ungeheure Fortschritte gemacht
hat. Wenn einmal die wahre Bildung allen Schichten

aus den Kollegen Zöllner-Fürth, erster Vorsitzender,
Hafenrichter-Erlangen, zweiter Vorsitzender, und Hoff-
mann-Nürnberg, Schriftführer, zusammengelegt. Zu-
nächst erkrankter Kollege Joseph-Nürnberg Bericht
über die Tätigkeit und der bis jetzt gethanen
Schritte befußt Agitation von den drei Mitglie-
dschaften aus in Nordbayern. Er führte aus, daß
die Privatnützigen der drei Mitgliedschaften zu
einer privaten Versprechung zusammenkamen, um dahin
zu wirken, einen Gantag jedoch Regelung der Agita-
tion abzulassen; sie kamen jedoch zu der Ansicht,
daß dieses auch im schriftlichem Wege abzumachen
sei und wurde Nebner beauftragt, sich mit dem Vor-
stand des achten Gaus in Verbindung zu setzen.
Sodann verlas Nebner ein Schreiben des Gausvor-
standes, worin derselbe seine Zustimmung dazu gab,
da er doch genügend in Südbayern mit der Agitation
zu thun habe. Der Referent kommt nun auf die
darauf abgeleitete kombinierte Verwaltungsgestaltung
zu sprechen, wo er beauftragt wurde, sich mit den Ver-
trauensleuten der Wahlvereine größerer Ortschaften
in Verbindung zu setzen, um dadurch die dort be-
schäftigten Kollegen durch Zugblätter u. s. w. zur
Organisation heranziehen zu können. Nebner verlas
auch ein Schreiben von Kollege Dietrich, worin derselbe
ebenfalls seine Zustimmung zu diesem Unter-
nehmen gab, unter der Voraussetzung, daß bereits
der Gausvorstand davon unterrichtet sei.

Die darauf folgende Debatte, bei welcher sich
mehrere Kollegen von allen drei Mitgliedschaften be-
theiligten, brachte die Versammlung zu der Ansicht,
daß der achte Gau mit der Zentralstelle der Münchener
nicht ausreichen ist, um die Agitation in unserm
Gewerbe gründlich zu betreiben, da gerade in Bayern
unsere Organisation noch sehr schlecht vertreten ist.
Es wurde deshalb beschlossen, den achten Gau in
Nord- und Südbayern zu theilen und wurde als
zweite Zentralstelle Nürnberg bestimmt, um von da
aus die Agitation in Nordbayern zu entfalten. Die
Wahl eines provisorischen Agitationskomitees ergab,
daß die Kollegen Zöllner-Fürth, Hafenrichters-Erlangen
und Joseph-Nürnberg gewählt wurden, um die weiteren
Arbeiten in die Hand zu nehmen. Derselben wurde
auch die Eintheilung des Gaus überlassen. Vers-
chiedene Nebner besprachen dann noch die Art der
Agitation in den Orten, wo Mitgliedschaften schon
bestehen. Dabei wurden von einigen Kollegen aus
Fürth und Erlangen die Vergünstigungen, Familien-
abende in den Vorberggrund gestellt, um auf diese
Weise am Bierisch eine Agitation zu entfalten. Die
Nürnberg's Kollegen stehen aber nicht auf diesem
Standpunkt; diese suchen vielmehr ihre Agitation
durch Versammlungen und Zugblätter zu entfalten,
da sie gerade in letzter Zeit sehr trübe Erfahrungen
bei den Viertelsdiskussionen gemacht haben.

Mar Hoffmann.

Offenbach a. M. In einer Sitzung des
hiesigen Gewerkschaftsraths wurde die Frage ge-
stellt: „Wie verhalten sich die einzelnen Vereine und
Mitgliedschaften zur Gründung eines allgemeinen
Arbeitervereins?“ und wurden die einzelnen Dele-
gierten beauftragt, diese Frage in ihrer nächsten Mit-
gliederversammlung zu erörtern. Das Resultat war,
daß sich zwar alle Korporationen im Prinzip damit
einverstanden erklärten, jedoch der vorhandene
Schwierigkeiten wegen, sowie auch unter Hinweis
auf den Schaben von fortwährenden Aenderungen
jetzt noch davon Abstand nehmen wollen.

Damit jedoch wenigstens etwas geschaffen wurde,
wählte man eine Kommission, deren Aufgabe es war,
sich die einzelnen Statuten einreichen zu lassen und
dieselben dahin zu prüfen, wie sie über den Anschluß
von Mitgliedern anderer Organisationen lauten. Da

des Volkes in gleicher Weise zu Theil, und in Zu-
kunft nicht nur ein Privilegium der „besseren Stände“
bleiben dürfe, dann habe die großartigen Künste noch
große Aufgaben zu erfüllen. Dadurch wird der
Buchdrucker und besonders auch der Buchbinder
noch ein weiteres Arbeitsfeld eröffnet werden.

Sehr interessant für unseren Beruf und für die
Vollbildung im Allgemeinen ist auch folgendes:
Nach dem in New York erschienenen „Library-Journal“
sind die großartigen Bibliotheken und Staatsarchive
der verschiedenen Staaten gewissermaßen als die
Grabmäler der allgemeinen Volksbildung zu be-
trachten. Eine statistische Aufnahme der Bibliotheken
Europas vom Jahre 1881 ergibt nun folgende
Zusammenstellung: Es besitzt Oesterreich zur
Zeit 577 Bibliotheken, welche ohne Karten und
Manuskripte zusammen 5475798 Bände enthalten.
Auf je 100 Einwohner des Landes entfallen 26,8
Bände. In Bayern, welches nächst Oesterreich
das günstigste Verhältnis zeigt, entfallen auf je 100
der Bevölkerung 21 Bände; letzteres besitzt 145
Bibliotheken mit 925000 Bänden und 24300 Man-
uskripten. Italien besitzt 493 Bibliotheken mit
14349281 Bänden und die größte Anzahl von Man-
uskripten, nämlich 330570. Es kommt hier auf
je 100 Einwohner 16,2 Bände. Für England
sind nur 200 Bibliotheken mit 2874493 Bänden
und 26000 Manuskripten angegeben. In Frank-
reich finden sich in 500 Bibliotheken 4598000 Bände
und 135000 Manuskripte verzeichnet. Auf jedes
100 der Bevölkerung entfallen demnach 12,5 Bände.
In Preußen sind 398 Bibliotheken gezählt, welche
neben 2640450 Bänden 58000 Manuskripte ent-
halten; auf je 100 Einwohner sind demnach 11
Bände zu rechnen. Rußland besitzt 145 Biblio-
theken mit 21300 Manuskripten und nur 952000
Bänden; hier entfällt auf je 100 Einwohner nur
1,3 Band!!! — Von den bedeutendsten und bekanntesten
Bibliotheken wird der Bestand der Nationalbibliothek
zu Paris, der größten der Welt, auf 2887000
Bände angegeben, die des British Museum zu Lon-
don auf 1000000 Bände. Es folgen die königl.
Bibliothek zu München mit über 800000, die zu
Berlin mit über 700000, die Petersburger mit
600000, die Dresdener mit 500000, die Wiener
mit 410000 Bänden. Unter den Universitätsbiblio-

num von circa 20 verschiedenen Statuten nur 2 den Passus enthielten, daß ein Mitglied einer anderen Organisation, falls dieselbe am Orte nicht vertreten sei, sich an die betreffende Organisation anschließen könne, so wurde von der Kommission folgende Resolution eingebracht und vom Gewerkschaftsrat einstimmig angenommen:

„Die heute am 9. Mai tagende Sitzung des Gewerkschaftsrates hält es nicht für ratsam, eine Umgestaltung der Organisationen vorzunehmen, sondern die amwesenden Delegierten halten für nötig, die Eintrittsbestimmungen der Statuten der einzelnen Organisationen insofern zu erweitern, daß jedem Arbeiter ohne Rücksicht auf seinen Beruf der Eintritt ermöglicht wird, insofern an Orten, wo eventuell ein Arbeiter seine Berufsorganisation nicht vertreten findet, desgleichen auch zugewiesenen organisierten Arbeitern, die keine Zahlstelle ihrer Berufsorganisation finden, sollen eingeschrieben werden. Diese Resolution ist in allen Nachmittags zu veröffentlichen und diesbezügliche Anträge sollen auf den einzelnen Generalversammlungen sowie Kongressen zur Abstimmung gelangen.“

Indem wir nun dem in der Resolution ausgesprochenen Verlangen der Veröffentlichung nachkommen, behalten wir uns vor, zur gegebenen Zeit einen entsprechenden Antrag zur Urabstimmung einzubringen und bitten nur einwilligen die einzelnen Mitgliedschaften, hiervon Kenntnis und in ihren Versammlungen Stellung dazu nehmen zu wollen.

O. K.

Leipzig. In der Versammlung des Jahres vom 2. d. M. gab der Beauftragte von der städtischen Kommission, Kollege Narden, den Bericht über die aufgenommenen Erhebungen. Kollege Narden behandelte in längeren Ausführungen das eingelaufene Material und bedachte sich im Namen der Kommission für die diesmal recht brauchbaren Arbeiten von Seiten der Herren Vertrauensleute, welche alle viel Fleiß und Eifer bei der Sache bewiesen haben. Nach kurzer Diskussion über diesen Punkt (Resultate werden extra veröffentlicht) wurde zum folgenden Punkt übergegangen, betreffend einen vom Kollegen Frisch gestellten Antrag, für die am Orte zu gründende Parteizentrale 1000 M. leihweise gegen entsprechende Bürgschaft und Sicherstellung an das Prekariat abzugeben. Eine äußerst lebhafteste Debatte, welche über anderthalb Stunden in Anspruch nahm, förderte das Resultat zu Tage, die verlangte Summe zu bewilligen. Im letzten Punkt machte Kollege Erdmann der Versammlung Mitteilung über recht erbauliche Vorkommnisse in der Buchbinder von Franz Karzer, womit sich jedenfalls eine öffentliche Versammlung noch befassen muß, worüber Bericht noch folgt. Kollege Glaubig bittet um zahlreiche Beteiligung am Ausflug am 24. Juni und schließt die gut besuchte Versammlung um 12 Uhr.

Ld. Seh.

Leipzig. In der am 9. Juni stattgefundenen Versammlung der Einzelmitglieder des Buchbinderverbandes hielt Herr Raabe einen Vortrag über „die Zigeuner“. — Dieses räthselhafte Wandervolk hat die Sprache nach seine Urheimath im nordwestlichen Asien. Man könnte sie als Nachzügler der Völkerwanderung bezeichnen. Im fünften Jahrhundert finden wir die Zigeuner in Persien, im ersten Jahrhundert in Griechenland, vom Jahre 1415 an verbreiteten sie sich über Ungarn, Siebenbürgen und das übrige Europa. Von diesem Volkstamm, der fünf Millionen Seelen umfassen soll, befinden sich ca. 700.000 in Europa, davon in den Donauländern 500.000, in der österreichischen Monarchie 100.000

theilen stehen die von Boleslawa zu Orford und die Heiligerberg mit 300.000 Bänden und vielen werthvollen Handschriften obenan. Die Bibliothek des Briten zählt nur 30.000 Bände, ist aber durch den Besitz von 25.000 Handschriften als hervorragend ausgezeichnet. Die Bibliotheken dürften unterdessen bedeutend zugenommen haben, was jedoch auf das Bildungsergebnis der angeführten Staaten keinen wesentlichen Einfluß ausüben wird.

Was aber das Allerwichtigste ist, das wird selten beherzigt und besonders davon am allerwenigsten gesprochen; nämlich, daß die Erzeuger dieser ungeheuren kunstvollen Schätze die Arbeiterschaft ist. Die oberen „Zehntausend“ betrachten ja auch im modernen Europa die Arbeiterschaft mehr oder weniger nur als ihre „Kulis“. Dieselben bedenken nicht, daß sie ohne die Arbeiterschaft ein ganz unbedeutende Null sind. Ohne die Arbeiterschaft wäre weder Industrie noch Handel denkbar, und wenn unsere reichen Proben im Geld erlösen würden, könnten sie ohne die Arbeiterschaft gar nicht von ihrem Glücke leben, denn dieses macht erst die Arbeit, der Mehrerwerb der Arbeit möglich. Es ist deshalb nicht unnütz, hier besonders zu betonen, daß Industrie und Handel erst dann blühen und gedeihen werden, wenn man der Arbeit auch ihren berechtigten Tribut bezahlt. So lange die Arbeiterschaft mit Hungerlöhnen abgepreßt wird (das sollen sich besonders die Herren Kapitalisten und Unternehmer zu Herzen nehmen), wird die Industrie und der Handel niemals mehr auf die Beine kommen. Im Gegentheil, beide müssen naturgemäß retour gehen. Man sollte meinen, daß im 19. Jahrhundert sei von der Forderung mit Würde geschlagen worden, denn sonst müßte die moderne Gesellschaft schon längst zu der Erkenntnis gekommen sein, daß wir im Verhältnis zu den ungeschweiften Fortschritten, welche das 19. Jahrhundert bezu. der Maschinen und technischen Kräfte erzeugt hat, viel zu lange arbeiten, und gewissermaßen ganz unnütziger Weise abarbeiten, abplagen und abheben, als gemeinlich nur Schätze des Mannens zu sammeln; dabei gehen Tausende und aber Tausende an Körper und Geist zu Grunde, ja selbst die „Geldspinnen“ verkaufen oft bei lebendigem Leibe. — Wogu das Alles! — Erst dann wird Industrie und Handel blühen und gedeihen können, wenn der Arbeit ihr

und in den anderen Ländern Europas gleichfalls 100.000. — Als die Zigeuner auf ihren Wanderwegen nach Europa kamen, gaben sie vor, auf ein Pilgerfahrt nach Rom begriffen zu sein und wurden als Wallfahrer auch von vielen Gemeinden unterstützt. So weist das sächsische Neuenbuch der Stadt Frankfurt a. M. vom Jahre 1418 einen Vertrag von 4 Pfund 4 Schilling auf für Unterstützung an die Gitanos; Egmont v. Gelsen stellte ihnen noch um 1459 einen Geleitbrief aus. Doch dauerten diese Zugfahrten beendlich lange, und da die Zigeuner an ihren Sitten und Gebräuchen festhielten, es wohl auch mit dem „Mein“ und „Dein“ nicht genau nahmen, begannen die Zigeunerherden, welche ja auch noch heute in Schwunge sind, besonders hervor, daß sich die Geistlichkeit, die diese „Steuer“ und Türkenfundschar“ aus dem Lande haben wollte. Der deutsche Reichstag von 1479 verboten auch die Einwanderung nach Deutschland; 1480 befehlt der Reichstag zu Freiburg den Zigeunern, binnen drei Monaten das Reich zu verlassen. Noch 1711 war ihnen das Betreten der reichlichen Länder bei Leib und Leben verboten, d. h. die Männer erschoss man, die Weiber wurden mit Ruthen gepeitscht und erhielten den Galgen auf die Stütze gebracht. Der kaiserliche Friedrich Wilhelm I. verurteilte im Jahre 1725 einfach alle über 18 Jahre alten Zigeuner zum Galgen.

In Polen und Rußland erfuhren die Einwanderer vernünftige Behandlung, hier vermischten sie sich mit der Bevölkerung und wurden bald brauchbare Mitglieder der Gesellschaft. Katharina II. nahm sich besonders dieser Leute an. In England that zwar Heinrich VIII. die Zigeuner in den Bann, doch siebelten sie sich in größerer Masse an und finden wir heute noch in England Zigeunerkolonien. Schweden, Norwegen, Italien und Frankreich wies ebenfalls die Eindringlinge aus. In Spanien beachte Ferdinand der Katholische die „Griechlein“, wie die Zigeuner dort genannt wurden, mit dem Bannfluche, jedoch Karl III. stellte sie durch das Toleranzedikt vom 19. September 1783 mit der Urvölkerung gleich, sie wurden zur Annahme von Aemtern berechtigt, vermischten sich mit den Anwohnern und wurden auch hier nützliche Staatsangehörige. In Ungarn hatten sich die Zigeuner, beginnlich durch die Lage, frühzeitig selbst gemacht, betrieben hauptsächlich das Schmiedehandwerk und fungierten bald als Hoffdiener des Erzbischofs Sigismund. Kaiserin II. gab ihnen den Freibrief. Auch an der politischen Bewegung nahmen die neuen Staatsbürger regen Antheil, so ist hervorzuheben Dolcha, der Bauernkönig, welcher im Bauernkrieg 1415 von Johann Stasola lebendigen Leibes gebraten wurde. — Doch ging die Kolonisierung nicht schnell genug und ergriff die Regierung Zwangsmaßregeln. Maria Theresia ließ die Kinder wegnehmen und christlich erziehen; Joseph II. verbot die Zigeunerheirathen, und das Reden der Mutterprache wurde mit vierundzwanzig Stockprügeln geahndet. — Es ist dies auch ein Stück Kulturarbeit.

Wohl Jeder kennt die braunen, schwarzhaarigen Gestalten, die auf Messen und Märkten umherziehen, die Weiber durch „Wabfagen“, die Männer als Müllkisten und Gaukler, mitunter auch durch einen „kühnen Griff“ ihren Unterhalt erwerbend. Kriecherlich, feig und hinterlistig werden sie gelächert, doch ist dies kein Wunder bei einem Volkstamm, der seit Jahrhunderten gnedet wird. Der Vorwurf der Uneinlichkeit aber ist unbedeutend, denn bei dem Sohn der Lusta gilt ein gewisses kleines Bierchen als Unglücksbräut, das Jeder so schnell als möglich von sich abschüttelt. Rühmend hervorzuheben

Recht wird, wenn die Arbeitseigenen untern rechtlichen Fortschritten gemäß mindestens auf 8 Stunden beschränkt wird, wenn das Vorkonsumierthum für den Arbeiterstand und der berechtigende Lohn an dem Mehrerwerb der Arbeit so geregelt wird, daß der Arbeiter auch wie ein Mensch leben kann; wenn die unverdienten Dividenden unserer Aktionäre und Kapitalisten so beschnitten werden, daß auch für den Arbeiter noch ein ausreichendes Dasein möglich ist — nur dann wird es der heutigen modernen Gesellschaft möglich sein, den Arbeiterstand einigermaßen zu befriedigen, Handel und Wandel in blühender Bahn zu laufen und den gütiglichen Zusammenbruch unserer heutigen Weltordnung zu verhindern.

Deshalb ist es notwendig, daß sich sämtliche Industriestaaten der Welt die Aufgabe stellen, ein durchgreifendes, einheitliches Arbeiterschutzgesetz zu schaffen, welches im Stande ist, den berechtigten Forderungen der Arbeiterschaft voll und ganz Rechnung zu tragen, dieselben in der Industrie vor dem Elend, Tod und Verderben zu schützen, die Volkseidung auf die ihr gebührende Stufe zu heben. Das sind unsere Aufgaben, welche zunächst der Staat und die organisierte Arbeiterschaft zu lösen und ihrer Verwirklichung entgegen führen müssen. Allerdings werden dies ja nur Abschlagungsmaßnahmen sein, wenn sie uns von den oberen „Zehntausend“ gewährt werden. Unser eigentliches Ziel und unser Streben ist dahin gerichtet, das kapitalistische Privateigentum an Produktionsmitteln, wie Rohstoffe, Werkzeuge, Maschinen etc., in gesellschaftliches Eigentum zu verwandeln, um das Produkt und den Genuß sämtlicher Güter allen Menschenteilen in gleicher Weise zu Gute kommen zu lassen.

Um dieses aber zu ermöglichen, müssen wir in geschlossener Phalanx, Schulter an Schulter stehen, wir müssen kämpfen, um dieses Ziel gemeinsam zu erreichen. Kein Kollege darf heute mit verschämten Armen zusehen, wie sich seine organisierten Kollegen abmahnen, die soziale Lage ihrer Brüder zu verbessern. Jeder muß selbst Hand anlegen, das große Werk zu vollbringen. Nur auf diese Weise werden wir den Vertrag unserer Arbeit voll und ganz genießen können. Deshalb Kollegen, beherzigt die Worte: „Dne Kampf kein Sieg!“ — „Bereimelt sind wir Nichts, vereinigt sind wir Alles!“

ist des Zigeuners hohe Beträglichkeit, die größte Strafe ist, vom Stamme ausgeschlossen zu werden. Bekannt ist sein gutes Verhältniß für Musik und sein schnelles Erlernen fremder Sprachen, was letzteres von der Geistlichkeit schon als Hererei bezeichnet worden ist. Auch als Poeten haben diese Verachteten Vorzügliches geleistet, eine Dichterin allein schrieb 250 Gedichte. — Alle Streitigkeiten kommen vor dem Häuptling oder Wejoweten zum Austrag, jährlich im Winterquartier in Siebenbürgen findet die Wejowetenwahl und die Berathung der Jüge für den Sommer statt.

Der Stamm zerfällt in Genossenschaften oder Malias, die Malias in Sippen oder Gafias, überaus haben die Zigeuner noch die alte Genossenschaft. Das Erbrecht erlitt nur in der weiblichen Linie; stirbt ein Weib, so bleibt das Kind in der weiblichen Sippe, der Mann führt seine neue Frau in einer anderen Gafia und führt stets den weiblichen Namen. Trauung und Taufen werden in der Kirche vorgenommen und der Geschenke halber oft mehrmals. Dabei im Zeltlager aber wird Hochzeit und Kindtaufe nach alter Sitte, die den weiblichen Ursprung verrät, gefeiert. Braut und Bräutigam geben mit brennenden Fackeln an fließendes Wasser, dessen Kerze zuerst verlischt, wird Apfel in das Wasser, um die Götter zu verführen. Die Taufe findet beim ersten Haarschnitt statt. Stirbt ein Zigeuner — der Name bedeutet „Mensch“, so wird die Leiche durch einen Schnitt ins Zelt nach hinten ins Freie gebracht, ihm gehörige Gegenstände werden verbrannt. Auf das Grab werden Namens-, Sippen- und Personenzichen niedergelegt. Kein wandernder Genosse verzehrt bei einem Besuche das Gleiche zu thun.

Zu Punkt 2 wurde beschloffen, am Ausflug des Buchbinder-Männerchors theilzunehmen. Der Ausflug findet am 24. Juni statt. Hierauf kam § 32 zur Sprache und wurde nach kurzer Debatte an unserem früheren Beschlusse festgehalten. Nachdem bekannt gegeben, daß am 30. Juni eine öffentliche Buchbinder-Versammlung stattfinden und einige lokale Angelegenheiten erledigt werden, erfolgte Schluß der Versammlung.

Hannover. In einer F. L. unterzeichneten Korrespondenz aus Dortmund in Nr. 23 der Buchbinder-Zeitung wird noch einmal auf die schon so oft erwähnte Abänderung des § 32 Absatz 4 des Statuts zurückgekommen. Ich trete der Ansicht des Artikel-Schreibers, daß nun genug hierüber geschrieben ist, vollkommen bei, und würde es ebenso wenig für notwendig gehalten haben, auf diese Korrespondenz zu antworten, wie ich es auf die des Kollegen G. L. in Düsseldorf gethan habe, wenn ich nicht befürchtete müßte, daß die Ansicht, ich sei von meiner Auffassung bereits abgelenkt worden, wirklich Nlag greifen könne.

Weber die Ausführungen des Kollegen G. L. noch die von F. L. haben die Einwendungen, welche ich in Nr. 13 der „Buchbinder-Zeitung“ gegen die beantragte Abänderung des § 32 gemacht habe, irrig wiederholt, und wenn der Dortmund-Korrespondent sogar behauptet, es sei noch nirgendwo bestritten worden, daß die jetzigen Bestimmungen ungedruckt wären, so muß er entweder meine Ausführungen nicht richtig gelesen oder schon wieder vergessen haben.

Nach wie vor siehe ich auf dem Standpunkte, daß es prinzipiell richtig und notwendig wäre, nach jedem Empfang einer Reiseunterstützung, gleichgiltig ob der Betrag für 100 oder 1000 Kilometer erhalten hat, sobald er wieder in Arbeit tritt, die Reise als beendet anzusehen, und stets wieder eine 13wöchentliche Beitragsleistung zu verlangen ist, bevor der Betreffende von neuem wieder Reiseunterstützung erheben kann. Das Zugeständnis, nach einer Unterbrechung der Reise durch Arbeit bis zu vier Wochen die Unterstüttung im Anschluß an die vorige ohne weiteres fortzuzahlen zu können, hat oben nach der entgegengesetzten Seite gewirkt, entsprechend dem Sprichwort: „Wenn man jemand den kleinen Finger reicht, will er gleich die ganze Hand!“ Deshalb liegt aber noch keineswegs die Notwendigkeit vor, solchen Verlangen zu entsprechen, und wird es jedenfalls das Nichtigste sein, an dem einmal Bestehenden festzuhalten, auf keinen Fall aber in eine noch weitere Ausdehnung der Bezugsberechtigung einzuwilligen, um so weniger, da thatsächlich die gegenwärtigen Bestimmungen für die reisenden Mitglieder so günstig sind, wie es seit Bestehen des Verbandes noch niemals der Fall war.

Nun hat der Dortmund-Korrespondent aber noch etwas entdekt, was von hier aus anscheinend jeden weiteren Widerspruch unmöglich machen soll, nämlich die unrichtige Ausfertigung einer Reiselegitimation seitens des hiesigen Kassirers. Daß jeder Mensch einmal einen Fehler machen kann, und daß Fehler nicht nur hier, sondern auch in anderen Mitgliedschaften, viellecht sogar in Dortmund, einmal vorkommen können, mag per F. L.-Korrespondent vielleicht für eine böswillige Behauptung ansehen — ich nicht.

Bei dieser Gelegenheit will ich gleich noch darauf hinweisen, daß ich weder meine erste Korrespondenz noch die heutige im Namen der Mitgliedschaft geschrieben habe, sondern nur meine persönliche Meinung zur Geltung bringen wollte. Wenn die hiesige Mitgliedschaft im Allgemeinen meinen Ausführungen beigestimmt ist, so ist dieses eine Sache ganz für sich, und ich würde meine Ansicht genau so vertreten haben, wenn die hiesige Mitgliedschaft den entgegengesetzten Standpunkt eingenommen hätte. Darauß, daß der hiesige Kassirer sich durch das mehrere Tage fortgesetzte Bestimmen seitens des betreffenden Mitgliedes, schließlich verhalten ließ, die verlangte Legitimation auszustellen, zumal er wohl erwarten durfte (was er auch dem betreffenden Kollegen gesagt hat), daß die Ausgabe der Reiseunterstützung hierauf durch keine Unterstüttung verabsagt werden, da gerade aus der Legitimation selbst jeder Auszahlung ersehen konnte, daß der Inhaber zum Empfang einer

Reiseunterstützung nicht berechtigt war, kam nach jedoch keineswegs ableiten, daß die hiesige Mitgliedschaft oder der Kassirer dieses, der doch mit der Ausstellung der Reiselegitimation nichts zu thun hat, seine bisherige Ansicht über die streitige Angelegenheit geändert hat.

Alle Einzelheiten der Korrespondenzen aus Düsseldorf und Dortmund noch einmal zu besprechen, halte ich umso mehr für unmöglich, da ich mit dem gegenwärtigen Stand der Sache, nämlich daß der Verbandsvorstand von einer Aenderung auf dem Verwaltungswege und auch von einer außerordentlichen Urabstimmung Abstand genommen hat, vollkommen zufrieden bin, und ich will nur hoffen, daß die Angelegenheit damit endgiltig erledigt ist. W. H.

Wafel. Die verschiedenen Gewerkschaften des hiesigen Arbeiterbundes haben, einem längst gefühlten Bedürfnis entsprechend, eine Zentralbergeber für die nach Wafel reisenden Genossen eingerichtet. Da der Arbeiterbund noch kein eigenes Haus besitzt, so haben die Gewerkschaften mit Herrn Imoberst, Besitzer des Gasthauses zum „Rothem Ochsen“ in Kleinbafel, einen günstigen Vertrag abgeschlossen, wobei auch die geringste Ausrüstung ausgeschlossen ist. Die Herberge wird durch eine Kommission kontrollirt. Die Fremdenzimmer sind renovirt und mit neuen guten Betten ausgestattet. Getränke und Speisen sind gut und werden zu den äußerst billigen Preisen verabfolgt. Auch liegen die meisten Gewerkschaftsblätter und sozialdemokratischen Zeitungen auf. Der Hotelier, sowie die Kommission werden alles aufbieten, um den reisenden Genossen eine angenehme Logistätte zu bereiten, und sei deshalb die Zentralbergeber Wafel dem Zuspruch bestens empfohlen. Alle Arbeiterblätter werden ersucht, hiervon Notiz zu nehmen. K.

Der Berliner Bierbockst

beansprucht das Interesse aller Kreise, insbesondere aber der klassenbewußten Arbeiter nicht nur Deutschlands, sondern auch des Auslandes. Es ist ein energischer Kampf, den die Arbeiter Berlins führen gegen das Proletariat, wie es sich im Ring der Brauereiarbeiter selbst darstellt, weil die Bierpalast in rücksichtslosster Weise fast 500 Arbeiter auf das Pfahler warfen und mit diesen auch deren Familien dem Hunger und Elend übergeben. In der sogenannten bürgerlichen Presse werden nun fortgesetzt über den Stand und die Handhabung des Boykotts Berichte gebracht, welche einestheils darauf berechnet sind, die Hilfe der Behörden den an ihren Geldsackinteressen gefügten Brauerei-Inhabern und Aktionären zuzuwenden, andernteils das Vorgehen der — den Arbeiterschaft unangenehm — Arbeiterpartei Berlins als unlauter und als ein frivols vom Zaun gebrochener Kampf der Sozialdemokraten darzustellen. Nebenbei aber kann auch das Bestreben beobachtet werden, die schon zutage tretenden Wirkungen des Boykotts — die nur günstig für die Arbeiterschaft sind — zu verschleiern und die Boykottirung der sieben Brauereien als einen „Schlag ins Wasser“ durch die dem Kapital allezeit dienstbereite Presse darstellen zu lassen. Vor Klagen und Verleumdungen streicht aber die Wahrheit und das Recht nicht die Segel. Wir mit reinen Waffen und für eine reine Sache kämpft, der kämpft offen, ist begeistert und weicht auch vor den verzweifeltsten Ausfällen der Gegner nicht zurück. So steht es bei den Arbeitern auch in diesem Kampf.

Die Hauptmader vom Brauerering haben mit allen möglichen Mitteln ihre Brutalität als Recht zu stempeln und die für die unschuldigsten Brauereiarbeiter eintretenden politisch und gewerkschaftlich organisierten Arbeiter als die Angreifer hinzustellen. Letztere dagegen verschmähen die von den Gegnern beliebten Täuschungen und führen den Kampf offen und frei.

Eine Anzahl Lokalbesteller und Pächter war darum genug, den Herren vom Ring Herfolge zu leisten, und müssen nun schwererträglich auch die Folgen davon auf sich nehmen. Wer sich auf die Seite des Unrechts stellt, darf dann nicht klagen, wenn er Schaden dabei leidet.

Über den Stand des Bierbockst berichtet der „Vorwärts“ in Berlin in seiner Nummer vom 17. Juni wie folgt:

Dürfte man den Angaben der Bourgeoisorgane zweiter und dritter Garnitur glauben, dann hat die Berliner Sozialdemokratie in dem Kampfe, welcher von dem Brauerering mutwillig provoziert und durch die brutale Waffengewalt von circa 500 unschuldigen Brauereiarbeitern eingeleitet worden ist, eine gründliche Niederlage bereits erlitten, oder sie steht ihr doch in sicherer Aussicht.

Besonders seitdem es den Herren vom Brauerering gelungen ist, eine Anzahl der bei ihnen meist tief in der Kreide stehenden Lokalbesteller oder Pächter gegen die Arbeiter mobil zu machen, soll der Boykott eine verlorene Sache sein.

Diese Herren Lokalbesteller oder Pächter haben befohlen, ihre Säte zu keiner sozialistischen und anarchischen Versammlung, oder an Gewerkschaften, Vereinen etc., die sozialistischen respektive anarchischen Bestrebungen hindern, herzugeben, falls der Boykott gegen die Brauereien und Gastwirthe bis zum 15. Juni c. nicht aufgehoben ist oder sich wiederholt.“

Zugleich haben die Lokalbesteller sich freiwillig an die Berliner Industriellen und an die gesammte wohlhabende Einwohnerzahl Berlins „gewandt, sie, d. h. die Wirthe, in dem Kampfe gegen den gegen alles bestehende Recht und Eigentum verstoßenden „Boykott“ zu unterstützen.“

Was die Anwesenheit der Industriellen für eine Bedeutung hat, kennen unsere Leser zur Genüge aus dem samsten Briefen der Großbrauereien Doppel und Union, sowie aus den Verewaltigungsberechnungen gegen die Arbeiter bei Siemens und Halske und in der Dffizin der „National-Zeitung“.

Die Industriellen sollen ihre wirtschaftliche Machtstellung dazu missbrauchen, ihre Arbeiter zu zwingen, für ihr gutes Geld Bier zu trinken, die sie freiwillig nicht trinken wollen.

